

28.03.2017 – PM 26/2017

Brexit

IG BAU fordert einen Kurswechsel in der EU-Politik

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die Politik auf, den Wildwuchs des EU-Binnenmarktes zu zähmen. Anlässlich des heute (für die Red.: 29. März 2017) von der britischen Regierung eingereichten Antrags auf Austritt aus der Europäischen Union sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger: „Der Schritt Großbritanniens ist ein Tiefpunkt in der 60-jährigen Geschichte Europas. Er darf nicht zum Vorbild für weitere EU-Staaten werden. Deshalb brauchen wir einen Kurswechsel der EU-Politik. Schöne Worte überzeugen niemanden, wenn ihnen keine Taten folgen. Es ist überfällig, wieder die Bürger in den Mittelpunkt der EU-Politik zu stellen. Wirtschaftsfreiheiten dürfen nicht länger über den Rechten der Menschen stehen. Ihnen ist mit Leistungen in der Vergangenheit nicht geholfen. Was sie von Brüssel erwarten, ist ein Bekenntnis zu sozialen Pflichten, aus dem eine gute Perspektive für ihre Zukunft und die ihrer Kinder folgt.“

Die IG BAU fordert insbesondere das Ende einer EU-Politik, bei der die Binnenmarktfreiheit gegenüber sozialen Aspekten stets Vorrang genießt. Diese Schwerpunktlegung behindert eine weitere Integration der Staatengemeinschaft. Die Möglichkeit großer Unternehmen, sich teils über Briefkastenfirmen, aus allen Mitgliedsstaaten die für sie günstigsten Regelungen herauszupicken, schadet nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sondern langfristig der Wirtschaft selbst.

„Der Austrittsantrag Großbritanniens kann den Anfang vom Ende der EU markieren. Er kann aber auch ein Wendepunkt für eine bessere, gerechtere EU werden“, sagte Feiger. „Es ist klar, dass wir eine EU wollen. Aber eine, von der alle etwas haben. Leider gibt es immer noch Betonköpfe in der EU, die meinen, sie könnten trotz Brexit weiter machen wie bisher. Wir streiten dafür, dass sich diese Besitzstandswahrer nicht mehr durchsetzen.“

(1859 Zeichen)